

# Wahlprüfsteine

## Welche Lösungen und Ideen haben Parteien auf aktuelle Fragen?

Kurze Information zum Text  
und zu den Verfassern



Bundesverband  
Alphabetisierung  
und Grundbildung e.V.

**Hallo,**

wir haben den Parteien im Bundestag Fragen gestellt,  
die viele junge Erwachsene beschäftigen.

Dies sind sogenannte Wahlprüfsteine.

Wir haben die Parteien gebeten,  
sich kurz zu fassen und sich klar  
und verständlich auszudrücken.

Wir, das ist der Bundesverband Alphabetisierung.

Du kennst uns vielleicht aus der Fernsehwerbung  
vom Alfa-Telefon Münster.

Es gibt zum Beispiel einen Spot mit einem Lagerarbeiter,  
der Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben hat.

Alle unsere Fernsehspots findest du [hier](#).

Wir haben die Antworten von allen Parteien  
in eine Geschichte aufgenommen.

Darin geht es um ein Gespräch mit Politikern,  
das von Jugendlichen organisiert wird.

Wir haben unten von Anna und Tobias mit den Politikern  
eine Story und viele einzelne Themen zusammengestellt.

Zum Beispiel Mindestlohn, Umweltschutz und Rauchverbot.

Du kannst dir ein Thema raussuchen,  
das dich besonders interessiert.

Du findest eine Übersicht auf Seite 5.

Klick einfach auf das Feld, das dich interessiert.

Du findest dann Antworten von fünf Parteien.

Ganz unten stehen einige Aufgaben,  
die du dir auswählen kannst.

Wir würden uns freuen, wenn der Text dir dabei hilft,  
dich zu entscheiden,

welche Partei für deine Fragen die besten Lösungen bietet.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

**Andreas Brinkmann und Katja Erzkamp**

Wir freuen uns, wenn du uns schreibst,  
wie dir die Infos gefallen haben.

Schick uns gerne eine [Mail](#).

# 1. Story von Anna & Tobias



2. Was wollen die Parteien?  
⊕ S.18

3. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?  
⊕ S.20

4. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?  
⊕ S.27

5. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?  
⊕ S.32

6. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?  
⊕ S.36

7. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?  
⊕ S.41

8. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?  
⊕ S.47

9. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?  
⊕ S.52

10. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?  
⊕ S.58

## Die Story von Anna, Tobias, Samy Deluxe und fünf Politikern

Anna und Tobias sind seit kurzer Zeit zusammen.

Anna ist 21 Jahre alt.

Sie geht gerne aus und trifft sich mit Freunden.

Sie möchte in einem großen Kaufhaus  
in der Musikabteilung arbeiten.

Tobias ist 23.

Er macht gerne Kraftsport.

Er möchte Bodyguard oder Security-Mann werden.

Anna und Tobias besuchen gerade  
eine berufsvorbereitende Maßnahme,  
weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Die beiden laufen durch die Stadt,  
als es zu regnen beginnt.  
Es schüttet wie aus Kübeln.

Die beiden flüchten vor dem Regen.  
Sie stellen sich bei einem großen Gebäude unter.  
„Museum des Altertums“ steht auf dem Schild davor.  
„Heute freier Eintritt für alle unter 25 Jahren“, liest Anna.  
„Komm lass uns reingehen.  
Mir ist saukalt.  
Ich bin vollkommen durchgeregnet.“  
„Okay“, meint Tobias.  
Die beiden gehen ins Museum.

Überall stehen alte griechische Figuren.

Nur der alte Museumsführer schlendert in der Halle herum.  
Sonst ist kein Besucher zu sehen.

Tobias schnauft:

„Man, ist das öde hier.“

Kein Wunder, dass hier nichts los ist!“

„Was sind das eigentlich für Figuren?“ bemerkt Anna.

Mit ihrer Hand deutet sie auf einen Kopf,  
der in Stein gemeißelt ist.

Der Museumsführer kommt strahlend auf sie zu und erklärt:  
„Das ist Platon.“

„Kenn ich nicht!“, zischt Tobias.

„War er eine wichtige Person  
oder hat er was Wichtiges erfunden?“, erkundigt sich Anna.

„Er war ein weiser Mann  
und hat sich darüber Gedanken gemacht,  
wie ein guter Staat sein sollte und was gerecht ist.“

„Dann war er also ein Politiker“, stellt Anna fest.

„Er war ein Philosoph,  
der sich auch über Politik viele Gedanken gemacht hat“,  
entgegnet der Museumsführer.

„Ein Viehwas?“, sagt Anna verdutzt.

Tobias hat keine Lust mehr:

„Komm lass uns gehen. Mir ist das alles zu kompliziert!“

Der Museumsführer lächelt  
und möchte die beiden gerne noch weiter informieren.  
„Politik geht uns alle an.“

Wir leben in einer Demokratie.

Wir dürfen wählen gehen.  
So entscheiden wir mit,  
was die Politik so macht.“  
Tobias zerrt ungeduldig an Annas Hand.  
„Ich hab keinen Bock auf Politik und so' n Kram!“  
„Glaubst du, ich?“, fragt Anna spöttisch zurück.  
Die beiden machen sich auf den Weg zum Ausgang.  
Und sie haben Glück: Der Regen hat schon nachgelassen.  
Nur ein paar kleine Tropfen fallen noch.  
Die beiden warten noch einen Moment.  
Tobias kramt in der Tasche nach seinem MP3-Player.  
Anna freut sich: „Hey, cool! Kann ich mithören?“  
„Klar! Is' Sammy Deluxe!“  
Die beiden hören das Lied „Weck mich auf“  
und wippen im Takt zur Musik:

„Samy hat voll Recht, man!“  
„Politiker machen nur Scheiße!  
Wieso soll man da überhaupt wählen gehen?  
Das machen doch nur noch so Museumsheinis!“  
„Mensch, hör doch mal auf zu labern.  
Ich versteh ja gar nicht, was der singt!“, schnauft Anna.  
„Hast du mal richtig zugehört, man?“,  
fragt Anna leicht verärgert,  
als das Lied vorbei ist und sie fügt hinzu:  
„Recht hat er nämlich schon ein bisschen.  
Es ist schon so mit vielen Leuten, wie er das beschreibt.  
Manche hängen den ganzen Tag vollgekiff  
vor der Playstation rum und haben voll Bock auf nichts.“

„Ja und? Was sollen sie denn machen?  
Guck uns doch mal an:  
Wir haben so viele Bewerbungen geschrieben,  
aber keinen Ausbildungsplatz bekommen.  
Immer wieder erhalten wir Absagen.  
Und das Arbeitsamt hilft auch nicht wirklich, find ich.  
Immer nur Bewerbungstraining oder BVB!  
Ich fühle mich langsam verarscht!“, faucht Tobias  
„Stimmt schon“, gibt Anna zu.  
„Was willst du dagegen tun?“  
Anna zuckt mit den Schultern:  
„Keine Ahnung.  
Aber lass uns jetzt mal weiter.  
Der Regen hat aufgehört!“

Am nächsten Tag haben sich Anna und Tobias  
im Jugendzentrum „Matrix“ verabredet.  
„Heute legt mein Lieblings-DJ auf“,  
strahlt Anna und zeigt auf das Plakat  
vor dem Eingang zum Jugendzentrum.  
„Schön für dich!“, ärgert Tobias seine Freundin.  
„Naja, zugegeben, die Musik von deinem MP3-Player  
ist manchmal noch besser!“, zwinkert Anna.  
Dann geht die Party auch schon los.  
Anna und Tobias haben richtig Spaß.  
Am Ende gehen sie völlig durchgeschwitzt von der Tanzfläche.  
Anna gibt Tobias einen Kuss. „War super!“  
„Ja, find ich auch!“

„Was ist eigentlich für nächste Woche angesagt?“,  
möchte Anna wissen.  
Sie sucht auf der Pinnwand nach dem Veranstaltungskalender.  
Aber ihr fällt ein anderes Plakat auf:  
„Nase voll, Angst vor der Zukunft?  
Du willst,  
dass sich was ändert?  
- Politiker aus deinem Wahlkreis stellen sich deinen Fragen.  
Komm vorbei!  
Denn deine Stimme zählt.  
Am 27.09.2009 ist Bundestagswahl!  
P.S.: Wir suchen noch einige Helfer  
und Moderatoren für die Veranstaltung!  
Als kleine „Entlohnung“ für die fleißigen Helfer winkt  
eine Eintrittskarte zu einem Konzert von Samy Deluxe.  
Meldet euch im Büro vom „Matrix“!  
Wir freuen uns!“  
„Hey Tobias, na wie wäre es mit uns beiden?“  
Tobias stutzt: „Meinst du das ernst?“  
Anna: „Klar, ich will zu Samy  
und du kannst den Politikern deine Meinung sagen.“  
Tobias überlegt: „Okay. Aber du willst doch nicht moderieren,  
oder?“  
„Warum denn nicht?  
Und schau mal, der Termin ist doch erst in zwei Monaten.  
Das kriegen wir schon hin!“

„Na gut, auf Samy Deluxe hätte ich auch schon Lust.  
Dann ruf mal morgen da an.  
Jetzt möchte ich einfach nur noch ins Bett!“  
Anna strahlt und gibt Tobias einen Kuss:  
„Supi! Danke, Tobi“

Am nächsten Tag klopft Anna aufgeregt an Tobias Tür:  
„Wir sollen moderieren! Wir haben den Job!“  
Tobias freut sich mit: „Ja, echt gut.“  
Aber er bleibt skeptisch:  
„Aber wir müssen uns ja auch darauf vorbereiten, oder?“  
„Klar, aber lass uns erst mal etwas entspannen.  
Ich fand´s heute echt stressig in meinem Kurs!“  
„Versteh ich! Wie wär´s mit einem kleinen Spaziergang zum  
Marktplatz?  
Wir könnten ins Café gehen.  
Du bist eingeladen!“  
Anna freut sich.  
Schnell sind die beiden auf den Beinen.

Auf dem Marktplatz stehen viele Menschen.  
Manche haben Fahnen dabei.  
Kinder bekommen Luftballons geschenkt.

Zwei ältere Herren schreien sich an.  
Es ist eine Bühne aufgebaut.  
Auf der Bühne steht ein Mann.

Er ruft:  
„So kann es nicht weitergehen!  
Nutzen Sie ihr Grundrecht zur Wahl!“

Tobias verzieht das Gesicht.

Er sagt zu Anna:  
„Und so jemand soll Leute ins „Matrix“ locken?“

Tobias geht zu einem Stand.

Eine ältere Dame drückt ihm einen Flyer  
und einen Kugelschreiber in die Hand.  
„Für Sie junger Mann.  
Am 27.09.2009 ist Bundestagswahl!“

Er nickt: „Ich weiß schon.“

„Mich überzeugt das alles immer noch nicht“, flüstert er Anna zu.

### Wie früher?

Anna und Tobias sitzen endlich im Café am Marktplatz.  
Anna erinnert sich an die Schule.

Sie sagt:  
„Wir haben früher immer einen Klassensprecher gewählt.“  
Tobias ist sich unsicher,  
ob das bei den großen Wahlen auch so läuft.

Ein Mann am Nachbartisch lehnt sich vor und sagt:  
„Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen.  
Das ist nicht wie beim Klassensprecher.“

Anna sagt: „Da hast Du es!“  
Eine Frau geht auf den Mann zu und sagt:  
„Wer nicht wählen geht, der darf sich nicht beschweren.  
Jeder Erwachsene darf geheim wählen, wen er will.“

Der Mann sagt:  
„Jedes demokratische Land hat die Regierung, die es verdient.“

Tobias wird die Situation etwas unangenehm.  
Er bezahlt seine und Annas Cola und möchte gehen.

Anna und Tobias verabschieden sich für heute.

## In der Pause

Tobias steht mit seinen Jungs zusammen. Er berichtet von seinem und Annas Plan, im Jugendzentrum bei einer Veranstaltung mit Politikern mitzuhelfen:

„Wir werden sie zu wichtigen Themen wie Arbeit oder zu Ausbildungsplätzen befragen.“

Schnell heizt er damit das Gespräch an.

Einer fragt:

„Was wir wohl mal für Arbeit bekommen?“

Sie reden alle durcheinander:

„Ja, wenn wir Arbeit bekommen.“

„Oder Hartz IV!“

„Die Politiker tun nichts für uns!“

„Wir sollen immer nur Steuern zahlen. Wofür?“

Tobias sagt:

„Wir leben in einer Demokratie.“

Wir können die Politik mitbestimmen.“

Alle anderen lachen. Sie glauben nicht daran.

Tobias will es ihnen

bei der Veranstaltung im „Matrix“ beweisen.

Vorher möchte er sich aber gut vorbereiten.

Mit Anna wird er das schon gut hinkriegen, denkt er.

„Wir leben  
in einer Demokratie.  
Wir können Politik  
mitbestimmen.“



Einige Wochen später sitzen Anna und Tobias vor einem Berg mit Parteiprogrammen. Sie haben die Programme auf Annas Bett ausgebreitet.

Tobias versucht eines dieser Hefte zu lesen, schleudert es aber schnell in die Ecke.  
„Ich kann die nicht alle lesen!“

Anna hat insgeheim auch Zweifel, aber sie spricht ihrem Freund Mut zu:  
„Wir packen das schon!  
Wir werden nicht alles lesen müssen.  
Wir rufen einfach die Parteien an und befragen sie.  
Außerdem freu dich doch auf die Konzertkarten, Tobi!“  
Anna lächelt ihm zu.

Tobias wird wieder etwas zuversichtlicher.

Am nächsten Tag rufen Anna und Tobias bei den Parteien an. Sie sagen, dass sie einige wichtige Fragen haben, und, dass sie Antworten darauf haben wollen. Sie laden einen Kandidaten von jeder Partei zur Diskussion im Jugendzentrum ein.

Nachdem sie viel rumtelefoniert haben, stellen sie zufrieden fest:  
„Die scheinen sich ja doch für uns zu interessieren.“  
Anna meint:  
„Ja, war eigentlich ganz okay, mit denen zu sprechen.  
Ich hab´s mir vorher schlimmer vorgestellt.“

Und ich hatte auch Angst, dass ich nicht verstehe, was sie meinen.

Aber sie haben mir ihre Sachen ganz gut erklärt, also wofür sie kämpfen wollen in unserem Land, zum Beispiel für mehr Ausbildungsplätze.“

Eine Woche später treffen sich Anna und Tobias im großen Café im Jugendzentrum. Sie sind ziemlich aufgeregt. Sogar ein paar Schulfreunde von Tobias sind da. In einer Stunde geht das Gespräch mit den Politikern los. Schnell noch ein paar Kekse, Cola und Wasser holen!

Anna und Tobias sind etwas nervös, als die ersten eintreffen.

Tobias meint:  
„Die sind ja alle viel älter als wir.  
Hoffentlich reden die uns nicht unter den Tisch.“

Anna meint:  
„Das wird schon!“

Um 17 Uhr sind alle Kandidaten da. Die Politiker sehen sich noch kurz im Haus um. Sie erkundigen sich, wie viele Leute so jeden Tag in den Jugendtreff kommen. Und ob die Jugendlichen mit den Angeboten zufrieden sind.

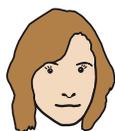
Anna und Tobias finden die fünf Kandidaten ganz o.k. Jetzt sind sie auch nicht mehr so aufgeregt.

Anna begrüßt alle Gäste und die Politiker.  
„Klasse, dass so viele gekommen sind.  
Wir sind gespannt, was dabei rumkommt!“

### Wofür tritt Ihre Partei ein?



Sie sagt:  
„Wir haben viele Fragen vorbereitet  
und legen direkt mal los.  
Ich fange mal mit Frau Gahlmann an.  
Wofür tritt Ihre Partei ein?“



**Frau Gahlmann** von der **CDU**  
trägt eine schwarze Bluse.  
Sie sagt:  
„Die CDU und die CSU sind wie Schwestern.  
Wir machen Politik auf der Grundlage des Glaubens.  
Die CDU/CSU sieht sich in der Verantwortung zu Gott.  
Wir stehen für Freiheit,  
Solidarität und Gerechtigkeit.  
Wir treten für den Erhalt  
der Schöpfung ein.  
Und für Chancengleichheit.“



Tobias fragt:  
„Kommen wir zur nächsten Partei.  
Was sind Ihre Ziele, Herr Hundorf?“



**Markus Hundorf** von der **SPD**  
trägt eine hellrote Krawatte.  
Er sagt:  
„Die SPD gibt es seit 146 Jahren.  
Sie ist die älteste Partei im Deutschen Bundestag.  
Der SPD ging es immer um Demokratie, Arbeit und  
Frieden.“



Anna fragt:  
„Frau Domke, wofür steht Ihre Partei?“



**Angelika Domke** von der **FDP**  
trägt eine blaue Hose und eine gelbe Bluse.  
Sie sagt:  
„Die FDP ist eine liberale und tolerante Partei.  
Die FDP will, dass sich der Staat  
nicht ins Leben der Menschen einmischt.  
Die FDP will niedrigere Steuern,  
damit alle mehr Geld haben.“



Tobias fragt den nächsten Kandidaten:  
„Was will Ihre Partei, Frau Wenner?“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei**  
trägt einen roten Pullover.  
Sie sagt:  
„Wir wollen einen demokratischen Sozialismus.  
Das heißt, dass alle Menschen in Frieden  
und ohne Armut leben können.  
Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben.“

Die Reichen sollen etwas von ihrem Reichtum an die Armen abgeben.“



Anna fragt:

„Mich interessiert, was Ihre Partei macht, Herr Schürmann.“



**Herr Schürmann** von den **Grünen** trägt ein grünes Hemd.

Er antwortet:

„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen. Wir treten für Gleichberechtigung von Mann und Frau ein. Wir sind für Freiheit und Demokratie.“

**„Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?“**



Tobias leitet über zur nächsten Frage:

„Ich frage jetzt mal in die Runde: Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?“



**Hilde Gahlmann** antwortet für die **CDU**: „CDU und CSU wollen gerechte Chancen für alle Kinder und Jugendlichen.

Bei unserer Politik denken wir immer schon an die Zukunft. Wir wollen, dass alle etwas lernen können.

Wir wollen, dass jeder dadurch einen passenden Beruf findet und ein gutes Leben hat. Unsere Antwort auf die Finanz-Krise: Geld so ausgeben, dass es uns allen in Zukunft nutzt. Wir wollen Schulen und neue Ideen fördern, Familien helfen und die Umwelt besser schützen. Außerdem haben wir eine Schulden-Bremse eingeführt: Der Staat soll nicht auf Dauer mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. So bleibt mehr für die Zukunft.“



Dann kommt **Markus Hundorf** von der **SPD** an die Reihe:

„Die SPD wird die Jugendpolitik als eigenständiges Politikfeld stärken.

Es reicht nicht, wie es in den vergangenen Jahren zunehmend die Tendenz war, jugendpolitisches Handeln vornehmlich auf eine Querschnittsaufgabe zu reduzieren. Wir wollen eine Jugendpolitik, die sich auf die spezielle Lebensphase der Jugend fokussiert, eine Politik für die Jugend und vor allem mit ihr. Generell geht es uns um mehr Mitsprache und Mitwirkung von jungen Menschen, insbesondere dann, wenn es um ihre Belange geht.

Das demokratische Miteinander muss schon früh erprobt werden. Es braucht die Einmischung aller Generationen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft geben. Deshalb kämpfen wir dafür, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gesund aufwachsen können. Deshalb werden wir die Gesundheitsförderung und Prävention zu einer eigenständigen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Wir planen, das lokale Gesundheitswesen durch ein Präventionsgesetz besser mit der Kinder- und Jugendhilfe zu vernetzen.“



Nun ist **Angelika Domke** von der **FDP** dran:  
„Die FDP setzt sich für eine zukunftsorientierte Politik und die Menschen in Deutschland ein. Ihr besonderes Augenmerk gilt dabei den Kindern und Jugendlichen, da sie in stärkerem Maße auf die Hilfe von uns Erwachsenen angewiesen sind. Die FDP sieht Kinder- und Jugendpolitik als einen eigenständigen Bereich der Politik und nicht nur als Anhängsel der Familienpolitik. Kinder- und Jugendpolitik berührt die Aufgaben verschiedenster Entscheidungsgremien, auf regionaler, überregionaler und internationaler Ebene.“

Wir beachten bei allen Entscheidungen, welche Wirkungen sie für die jungen Menschen von heute und morgen haben. Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Teil der Gegenwart und sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Es ist daher im Interesse des Staates, kinder- und jugendfreundliche Strukturen zu schaffen und zu fördern sowie den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen in allen Lebensbereichen besondere Bedeutung und Beachtung beizumessen. Es ist Aufgabe und Verantwortung der Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen ein beschütztes Aufwachsen und eine Lebensperspektive zu ermöglichen. Die soziale Lage der Eltern darf in Deutschland nicht weiter über den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen entscheiden. Ziel liberaler Politik ist es deshalb, allen Kindern Chancengerechtigkeit und Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Um Deutschland kinderfreundlicher zu gestalten, sollten Kinder und ihre Rechte und Bedürfnisse in allen Bereichen stärker berücksichtigt werden.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei** meint:  
„DIE LINKE will die Mitbestimmung für Jugendliche ausbauen.“

Die Bildung muss verbessert werden und Kinderarmut sowie Jugendarbeitslosigkeit müssen bekämpft werden. Dazu gehört auch eine Verbesserung des Bildungssystems, hin zu einer Schule, die allen gleiche Chancen bietet.“



Zum Abschluss dieser Runde antwortet **Franz Schürmann** von den **Grünen**: „Wir Grüne wollen gleiche Chancen, gute Angebote und Unterstützung für alle Jugendlichen, damit sie ihr Leben selbst bestimmen können.

Was heißt das genau?

Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Chancen gibt. Jede und jeder muss von Anfang an und immer wieder im Leben die Chance zum Lernen haben. Die Herkunft, der Geldbeutel der Eltern, das Alter oder Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Deswegen wollen wir gute Bildungsangebote, ein Leben lang.

Wir wollen jedes Kind und jeden Jugendlichen gezielt fördern. Dann können mehr Kinder bessere Schulabschlüsse machen.

Ihre soziale Herkunft darf keine Bremse sein. Kinder sollen in einer Schule gemeinsam lernen, länger als jetzt bis zum vierten oder sechsten Schuljahr. Am besten bis zum neunten Schuljahr.

Ganztagsschulen sind dafür am besten. Deshalb wollen wir bis 2020 überall genügend Ganztagsschulen. Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien müssen die Kosten für Mittagessen, Lernmittel und Schultransport erstattet bekommen.

Viele Jugendliche machen ein Praktikum, um Wartezeiten zu überbrücken. Oft lernen sie dabei wenig und bekommen kein Geld. Wir wollen faire Praktika. Fair bedeutet: ordentliche Verträge, gute Lernziele und Bezahlung.

Auch in der Politik muss es fair zugehen. Damit die Politik junge Menschen mehr beachtet, sollen auch 16- und 17-Jährige wählen dürfen. Junge Menschen sollen überall mitbestimmen. Zum Beispiel bei der Gestaltung von Schulhöfen oder Jugendtreffs. Dadurch lernt man, dass die eigene Stimme bei Entscheidungen zählt.

Die Wehrpflicht wollen wir abschaffen.  
Sie ist ungerecht, weil nur 10 von 100 jungen  
Männern zur Bundeswehr eingezogen werden.  
Wer möchte,  
soll einen freiwilligen Kurzdienst  
bei der Bundeswehr machen können.  
Außerdem wollen wir mehr Freiwilligendienste,  
zum Beispiel im Umweltschutz  
und im sozialen Bereich.  
Unser Motto: Freiwilligkeit statt Zwang.

Wo trifft man Freunde,  
ohne dass man etwas bezahlen muss?  
Das ist oft gar nicht so einfach,  
denn der „öffentliche Raum“ wird immer kleiner.  
Jugendzentren kriegen immer weniger Geld.  
Gerade Jugendliche,  
die es zu Hause oder in der Schule nicht leicht haben,  
brauchen bessere Jugendangebote.

Viele Jugendliche sitzen jeden Tag  
viele Stunden vor dem Computer.  
Bei diesen neuen Medien muss man lernen,  
wie man sie gut nutzt  
ohne von ihnen abhängig zu werden.  
Der beste Schutz gegen Mediensucht  
ist ein gutes Freizeitangebot.

Wir wollen auch einen besseren Schutz  
vor Abzocke und Datenklau.

Immer mehr Jugendliche sind verschuldet.  
Oft sind zu hohe Handy-Kosten der Grund.  
Viele Tarife sind schwer zu verstehen.  
Wir wollen mehr Klarheit.  
Dazu gehören Preisansagen in der Werbung  
und vor Telefonaten.

Wenn Gewalttaten passieren,  
muss schnell gehandelt  
und den Opfern geholfen werden.  
In allen Schulen muss mehr gegen Gewalt  
und Mobbing getan werden.  
Eine gute Idee sind Streitschlichterprogramme.  
Gewaltfreiheit muss aber schon in den Familien  
und im Freundeskreis anfangen.“

### **Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?**

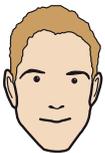


Anna stellt die nächste Frage an alle:  
„Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?“



**Hilde Gahlmann** von der **CDU** fasst zusammen:  
„Die Regierung von Angela Merkel hat viel getan  
für eine gesunde Umwelt.  
Für CDU und CSU ist die Umwelt  
Teil von Gottes Schöpfung,  
die uns Menschen nur anvertraut ist.“

Deshalb machen wir uns weiterhin stark für den Erhalt der Wälder, den Schutz der Meere und für sauberes Trinkwasser. Wir wollen, dass alle Länder das Klima besser schützen. Wir wollen mehr Strom aus Sonne, Wind und Wasser. Der ist gut für das Klima. Alle sollen mehr Energie sparen. Was wir sparen, müssen wir gar nicht erst erzeugen.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** meint:  
„Unser oberstes Ziel im Bereich Umwelt ist der Klimaschutz, es muss gelingen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß drastisch zu verringern. Bei dieser Aufgabe übernimmt die SPD heute bereits Verantwortung für zukünftige Generationen: Wir werden den internationalen wissenschaftlichen Vorgaben entsprechend die CO<sub>2</sub> Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 % reduzieren. Um den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu reduzieren, müssen wir vor allem unsere Energieerzeugung umbauen: Eckpfeiler unseres modernen Energiekonzeptes sind das Festhalten am Atomausstieg und der Ausbau der Erneuerbaren Energien.“

Denn Atomkraft ist auch kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern eine gefährliche Risikotechnologie. Atomkraftwerke stellen nur Strom bereit und können den CO<sub>2</sub> Ausstoß von Verkehr und Heizung nicht mindern. Da Atomkraftwerke nur Strom produzieren, aber keine nutzbare Wärme, sind zusätzlich zu den Atomkraftwerken noch weitere Energieträger nötig - mit entsprechendem Ausstoß von CO<sub>2</sub>. Die Nutzung der Kernkraft ist auch kein Beitrag zur bezahlbaren Energieversorgung. Andernfalls müssten die Strompreise derzeit sinken, denn die Atomkraftwerke laufen ja. Die SPD wird diese verantwortungslose Energiepolitik keinesfalls mittragen, mit der wir unseren Kindern und allen nachkommenden Generationen weiter wachsende radioaktive Müllberge vor die Tür stellen.“



**Angelika Domke** von der **FDP** erklärt:  
„Ein eigenes Programm zum Umweltschutz hat die FDP seit 1971. Damit waren wir die erste Partei in Deutschland, die überhaupt ein Programm für den Umweltschutz vertreten hat. Der Minister der FDP in der Regierung war damals Hans-Dietrich Genscher.“

Seitdem setzen wir uns für den Umweltschutz ein.  
In Deutschland und Europa, aber auch weltweit.  
Dafür brauchen wir nicht mehr  
neue Vorschriften und Gesetze.  
Wir wollen stattdessen mehr moderne Technik,  
damit Energie gespart und das Klima geschützt wird.  
Trotzdem sollen die Menschen  
weniger dafür bezahlen müssen.  
Dazu brauchen wir auf der ganzen Welt  
mehr erneuerbare Energien  
und in der Klimapolitik den Handel mit Zertifikaten.  
Beim Naturschutz will die FDP  
mit den Menschen zusammenarbeiten.  
Landwirte, Jäger, Angler, Wanderer, Segler  
und andere Sportler  
sind für uns im Naturschutz Partner  
und nicht Gegner.  
Wir setzen nicht vor allem  
auf Schutzgebiete und Verbote,  
sondern stärker auf freiwillige Maßnahmen  
und den Vertragsnaturschutz.“



Dann kommt **Sylvia Wenner**  
von der **Linkspartei** zu Wort:  
„DIE LINKE setzt sich  
für einen besseren Umweltschutz ein.  
Eine saubere Umwelt ist auch sozial gerecht.  
Denn Umweltbelastungen  
treffen insbesondere arme Menschen.  
Schlechte Luft und viel Lärm  
sind meist ein Problem in Wohngebieten,

wo ärmere Menschen leben.  
Denn sie können sich  
kein „Häuschen im Grünen“ leisten.  
Wir setzen auf Energie aus Sonne, Wind und Wasser,  
denn die schädigt die Umwelt  
und das Klima am wenigsten.  
Außerdem wollen wir  
mehr und billigere Busse und Bahnen,  
da diese umweltfreundlicher als Autos sind.  
Wir wollen keine gefährlichen Technologien  
wie die Atomenergie.  
Das Abholzen der Regenwälder  
muss beendet werden.  
Deswegen wollen wir die Entwicklungsländer beim  
Schutz der Tropenwälder unterstützen.



**Franz Schürmann** von den **Grünen** meint dazu:  
„Wir Grünen sind 1980 als Partei ja nicht zuletzt  
aus der Umweltbewegung entstanden.  
Wir setzen uns also seit unserer Gründung in allen  
Bereichen des Umweltschutzes ein für:

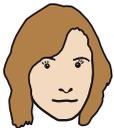
- den Schutz von Klima, Wasser, Boden und Luft
- den Erhalt der Artenvielfalt und eine intakte Umwelt
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien  
(Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme) statt  
gefährlichem Atom, umweltverschmutzender  
Kohle und knappem und teurem Öl
- den Abbau  
klima- und umweltschädlicher Subventionen
- Deutschland wieder zum Vorreiter  
im Klimaschutz machen

- Einführung eines Tempolimits und den Ausbau von Bus, Bahn und Fahrrad
- Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung
- vorsorgeorientierte und kindergerechte Grenzwerte für alle Umweltbelastungen
- den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- Stopp der grünen Gentechnik
- artgerechte Tierhaltung und Tierschutz.“

### Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?



Nachdem alle an der Reihe waren, wechselt Tobias das Thema und fragt: „Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?“



Dazu sagt **Hilde Gahlmann** von der **CDU**: „CDU und CSU bevorzugen ein Mindest-Einkommen für alle in Deutschland: Wir wollen, dass jeder für sich selbst sorgen kann. Wer das nicht kann, der erhält vom Staat Geld zusätzlich zu seinem Lohn. Dabei gilt: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet! Das Mindest-Einkommen sichert und schafft Arbeitsplätze. Der Mindestlohn zerstört Arbeitsplätze.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** entgegnet: „Wir haben in der Großen Koalition gegen den Widerwillen der Union eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes durchgesetzt, um mehr Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Und wir werden überall dort Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine unterste Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Eine Mindestlohn-Kommission soll ihn festsetzen. Wir gehen davon aus, dass ein Mindestlohn von 7,50 Euro zur Zeit eine sinnvolle Orientierungsmarke ist.“



**Angelika Domke** von der **FDP** ist anderer Auffassung: „Die FDP lehnt die Einführung von Mindestlöhnen durch den Staat entschieden ab.“

Gesetzliche Mindestlöhne verschärfen den Abbau von Arbeitsplätzen in lohnintensiven Sektoren sowie im Niedriglohnbereich. Sie führen tendenziell zu höheren Preisen und schwächen darüber die Kaufkraft. Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert oder wandern in die Schwarzarbeit. Opfer von gesetzlichen Mindestlöhnen sind in erster Linie Langzeitarbeitslose, die kaum mehr eine Aussicht auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben. Reichen geringe Löhne nicht aus, um den Lebensunterhalt zu gewährleisten, greift unterstützend das von der FDP entwickelte Bürgergeld. Das Bürgergeld sorgt für ein Mindesteinkommen, das Beschäftigung fördert. So wird allen die Chance gegeben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und zugleich immer das notwendige Mindesteinkommen zu erreichen. Dadurch wird Armut besser verhindert, als durch staatlich verordnete Mindestlöhne.



Dies sieht **Sylvia Wenner** von der **Linkspartei** anders: „Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland, die vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können, ist stark gestiegen.“

Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft unwürdig. Von Arbeit muss man leben können. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen. DIE LINKE fordert deshalb die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro in der nächsten Wahlperiode. Tariflöhne, die oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen, sollen in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden.“



**Franz Schürmann** von den **Grünen**

hat diese Haltung:

„Wir fordern einen Mindestlohn, der zuverlässig vor Lohndumping schützt. Um das zu erreichen, schlagen wir die Einrichtung einer Mindestlohn-Kommission vor. Diese Kommission setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner – also Gewerkschaften und Arbeitgebern – und der Wissenschaft zusammen. Sie setzt eine Lohnuntergrenze fest, die mindestens 7,50€ pro Stunde betragen muss. Diese Grenze ist für alle verbindlich und darf von keinem Betrieb und in keinem Beschäftigungsverhältnis unterschritten werden.“

Oberhalb dieser Grenze sind  
branchen- und regionalspezifische  
Mindestlöhne möglich.  
Das ist wichtig für einzelne Branchen,  
deren Löhne  
weit oberhalb von 7,50€ pro Stunde liegen,  
wie zum Beispiel dem Maschinenbau.“

### **Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?**



Annas Frage geht in eine andere Richtung:  
„Würde Ihre Partei  
die bestehenden gesetzlichen Regelungen  
zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum  
ändern?“



**Hilde Gahlmann** von der **CDU** antwortet:  
„CDU und CSU wollen noch mehr  
über Gefahren informieren.  
Wir wollen Hilfe zum Ausstieg für Süchtige bieten.  
Wir wollen die Drogen-Kriminalität bekämpfen.  
Drogen dürfen nicht freigegeben werden.  
Wir haben die Altersgrenze für den Kauf  
von Zigaretten von 16 auf 18 Jahre heraufgesetzt.  
In Schulen ist das Rauchen verboten.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** erklärt:  
„Wir wollen die guten Regelungen  
zum Jugendschutz vor Drogenmissbrauch  
nicht ändern.  
Wenn es um Nichtraucherenschutz geht,  
stehen wir einer Verbesserung  
der heutigen Regelungen nicht im Wege.  
Dies ist weitestgehend jedoch Landesrecht.“



**Angelika Domke** von der **FDP**  
hat einen anderen Vorschlag:  
„Wer glaubt,  
mit immer neuen Gesetzen  
den Missbrauch von Drogen verhindern zu können,  
der irrt.  
Die FDP fordert vielmehr eine Drogenpolitik,  
die auf Prävention und Aufklärung  
sowie auf Verhaltensänderung aus Überzeugung setzt.  
Aufklärung und Prävention sind wirkungsvoller  
als Verbote und staatliche Repression.  
Vorrangig ist,  
den Einstieg insbesondere in den Konsum  
von illegalen Drogen zu verhindern.  
Auch die Bekämpfung exzessiven Rauschtrinkens  
bei Jugendlichen bleibt auf der Tagesordnung.  
Es geht darum,  
dass Jugendschutzgesetz ernst zu nehmen  
und Verstöße dagegen konsequent zu ahnden.  
Die meisten Bundesländer haben sich entschieden,  
Ausnahmeregelungen in der Gastronomie  
zu gestatten.“

Diese Position teilt die FDP,  
die ein vollständiges Rauchverbot  
für nicht verhältnismäßig hält,  
sondern für eine Bevormundung der Bürger.  
Nichtraucher müssen effektiv geschützt werden,  
wo sie keine Ausweichmöglichkeit besitzen:  
in Kindergärten, Schulen  
und öffentlichen Einrichtungen.  
Es muss aber möglich bleiben,  
in Bierkneipen oder Bars  
mit entsprechender Kennzeichnung,  
Ausnahmen zuzulassen,  
um den Bürgerinnen und Bürgern  
die Wahl zu überlassen  
und den Gastwirten kundengerechte Angebote  
zu ermöglichen.  
In Hinblick darauf,  
dass nach vorliegenden  
wissenschaftlichen Erkenntnissen  
der Konsum von Cannabis  
keinesfalls unbedenklich ist,  
sondern gerade bei frühzeitigem Einstieg  
schnell zur Abhängigkeit führen kann  
und bei empfindlichen Menschen zum Auftreten  
von Schizophrenie und Depression,  
sollte diese Droge nicht legalisiert werden.  
Die medizinische Verwendung von Cannabis  
ist aus Sicht der FDP eine sinnvolle Behandlung  
in begründeten Einzelfällen.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei** meint:  
„Der hohe Konsum von Alkohol und Zigaretten  
wird von uns mit großer Sorge gesehen.  
Jährlich sterben tausende von Menschen  
an den Folgen des Alkohol- und Zigarettenkonsums.  
Trotzdem ist ein Verbot nicht der richtige Weg,  
um diese Gefahren abzustellen.  
Das Verbot von Marihuana  
hält in Deutschland niemanden davon ab,  
dieses Rauschmittel zu benutzen.  
Insofern stellen wir zur Diskussion,  
Marihuana und Cannabis  
von der Liste der illegalen Drogen zu streichen.  
DIE LINKE setzt auf Vorsorge und Aufklärung.  
Insbesondere jungen Menschen  
muss verdeutlicht werden,  
dass der Konsum von Drogen gefährlich sein kann.“



Dann kommt **Franz Schürmann**  
von den **Grünen** zu Wort:  
„Wir wollen, dass die bestehenden Regelungen  
zum Jugendschutz bei Alkohol und Tabak  
wirksamer kontrolliert werden.  
Verstöße müssen Konsequenzen haben  
und mit einem angemessenen Bußgeld  
belegt werden.  
Wir sprechen uns zudem dafür aus,  
Zigarettenautomaten in der Öffentlichkeit  
abzuschaffen.“

Eine künftige Cannabispolitik darf das Gefährdungspotential dieser Droge nicht verharmlosen, sondern muss es auf der Grundlage seriöser wissenschaftlicher Erkenntnisse berücksichtigen und entsprechend handeln. Wir schlagen vor, auf kurze Sicht zumindest den Besitz und den Anbau von Cannabis zum Eigenverbrauch zu entkriminalisieren. Die Abgabe sollte auf längere Sicht über lizenzierte Abgabestellen erfolgen. So könnte der Jugendschutz besser gewährleistet und die Verfügbarkeit von Cannabis besser reguliert werden. Ziel unserer Cannabispolitik ist letztlich eine weitgehende Gleichbehandlung von Cannabis mit anderen legalen weichen Drogen wie Alkohol. Dies bedeutet in der Konsequenz auch, dass Schritte wie die Entkriminalisierung oder die Einführung lizenzierter Abgabestellen für Cannabis eingebettet werden müssen in ein Regulierungskonzept, das ähnlich wie bei Alkohol oder Tabak Programme zum Jugendschutz, zur Prävention, zur Therapie und zur Schadensminderung enthält.“

## Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?



Tobias stellt die nächste Frage:  
„Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?“



**Hilde Gahlmann** von der **CDU** meint:  
„Die Integration ausländischer Mitbürger ist für CDU und CSU eine wichtige Aufgabe. Die Regierung von Angela Merkel hat viel erreicht. Wir wollen stärker fördern und fordern. Noch mehr Menschen sollen erfolgreich an Integrations-Kursen teilnehmen. Bis 2010 sollen alle Kinder vom ersten Tag an in der Schule Deutsch sprechen können.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** erklärt:  
„Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, sondern die kulturellen Unterschiede als Möglichkeit von neuer Gemeinsamkeit begreift.“

Wir wollen Einwanderer in ihrem Mut stärken,  
in Deutschland ihre Heimat zu finden,  
und sie in ihren Anstrengungen fördern,  
an der gemeinsamen Kultur in unserem Land  
teilzuhaben.

Dazu ist der Spracherwerb  
die erste und wichtigste Voraussetzung.  
Das allein genügt aber nicht.  
Sondern dazu gehören auch  
die öffentliche Förderung der Migrationskulturen  
und ganz besonders der Bereich  
der interkulturellen Bildung.

Integration bedeutet  
die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen,  
wirtschaftlichen,  
kulturellen und politischen Leben.  
Dazu brauchen wir eine bessere Förderung  
und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem.  
Wir wollen mit besonderen Förderprogrammen  
und Modellprojekten dazu beitragen,  
dass die Position von Migrantinnen und Migranten  
im Erwerbsleben besser wird.  
Die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung  
wollen wir interkulturell öffnen  
und den Migrantenanteil der Angestellten  
im öffentlichen Dienst erhöhen.

Wir erleichtern den Erwerb  
der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen,

die in unserem Land geboren sind  
oder seit langem mit uns zusammenleben.  
Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir  
– die Menschen sollen sich mit dem Land  
ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren.

Viele Einwanderer sind gut ausgebildet,  
müssen aber erleben,  
dass ihre Qualifikationen  
in Deutschland nicht anerkannt werden.  
Damit sie in Zukunft mehr Möglichkeiten haben,  
ihre Fähigkeiten zum Einsatz zu bringen,  
planen wir eine bessere Anerkennung  
von Qualifikationen aus Herkunftsländern.

Wir müssen und wollen  
attraktiver für Einwanderer werden.  
Wir wollen qualifizierte Einwanderung  
besser ermöglichen und steuern.  
Gleichzeitig wollen wir die Menschen,  
die bereits im Lande sind,  
in den Arbeitsmarkt integrieren.  
Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehegatten  
zu Deutschen und Ausländern erleichtern.“



**Angelika Domke** von der **FDP** führt aus:  
„Menschen unterschiedlicher Herkunft sind fester Bestandteil einer liberalen Bürgergesellschaft und unserer kulturellen Vielfalt. Unser Ziel ist es, dass Ausländer gleiche Bildungs- und Berufschancen in unserer Gesellschaft erhalten und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben beteiligt werden. Dazu brauchen wir eine gezielte Sprachförderung ab dem Kindergarten und – im Sinne einer nachholenden Integration – auch für erwachsene Migranten. Wir brauchen eine bessere Ausbildung bei den sozialen Diensten und bei den öffentlichen Institutionen im Umgang mit verschiedenen Kulturen.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei** erläutert ihre Position:  
„Für DIE LINKE bedeutet „Integration“ die Verpflichtung, für eine rechtliche und politische Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit und für die Überwindung von Ausgrenzung zu kämpfen. Wir fordern das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten sowie Einbürgerungserleichterungen.“

Einschränkungen des Ehegattennachzugs und des Rechts auf Familienzusammenleben müssen zurückgenommen werden.“



**Franz Schürmann** von den **Grünen** erläutert:  
„BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen einbürgerungsrechtlichen Neuanfang, damit möglichst viele Migrantinnen und Migranten sich für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden. So schlagen wir Grünen den Abschluss eines gesellschaftlichen Integrationsvertrages vor, der für alle offen und transparent darlegt, welche Aufgabe im Integrationsprozess wem zukommt.“

Konkret schlagen wir Folgendes vor:

1. Wir wollen das Erlernen der deutschen Sprache umfassend und durch alle Bildungsbereiche hindurch fördern und die Qualität der Deutschkurse des Zuwanderungsgesetzes ebenso wie die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen.
2. Wir wollen in allen Bildungsbereichen eine interkulturelle Qualifizierung von Pädagoginnen und Pädagogen.
3. Im Bereich der beruflichen beziehungsweise der Hochschulbildung wollen wir

- zum Beispiel Mehrsprachigkeit besser nutzen und junge Frauen besser fördern.
4. Wir wollen den Erwerb berufsbezogener Deutschkenntnisse fördern, Integrationslotsen einsetzen, den Öffentlichen Dienst interkulturell öffnen und Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund – und hier speziell auch von Frauen – fördern.
  5. Um Migrantinnen vor Gewalt zu schützen, sind bessere Aufenthaltsrechte ebenso erforderlich, wie flächendeckende Beratungsstrukturen, niedrigschwellige Schutzprogramme und eine effektive Präventionsarbeit an Schulen beziehungsweise mit Eltern.
  6. Nur wer sein Lebensumfeld selber aktiv mitgestalten kann, wird sich hiermit identifizieren. Wir wollen daher die Beteiligungsrechte für Migrantinnen und Migranten an politischen Willensbildungsprozessen (zum Beispiel bei Kommunalwahlen) verbessern.
  7. Wir wollen die rechtliche Gleichstellung islamischer Religionsvereinigungen erreichen und die rechtliche Gleichstellung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund verbessern.

## Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?



Anna bringt ein neues Thema ins Spiel.

Sie will wissen:

„Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?“



**Hilde Gahlmann** beschreibt die Pläne der **CDU** so:

„Eine gute Ausbildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit.

Alle Jugendlichen haben Stärken.

CDU und CSU geben niemanden verloren, der in Schule oder Berufsausbildung schlecht gestartet ist.

Dafür setzen wir die Initiative JUGEND STÄRKEN um.

Jeder junge Mensch soll die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten.

Wir wollen auch in der Krise neue Ausbildungsplätze.

Dafür setzen wir den Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fort.“



**Markus Hundorf** erläutert die Ideen der **SPD**:

„Die SPD will, dass alle Menschen Arbeit haben.

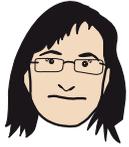
Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine Berufsausbildung.“

Alle Jugendlichen haben ein Recht auf Ausbildung.  
Wir wollen das duale System stärken.  
Es ist vor allem die Aufgabe der Wirtschaft sicherzustellen,  
dass genügend Ausbildungsplätze angeboten werden.  
Vor diesem Hintergrund werden wir den Ausbildungspakt weiterentwickeln und streben an,  
die Ausbildungsplatz-Verpflichtungen der Wirtschaft weiter zu erhöhen.  
Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben.  
Sie sollen eine Chance in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen und sich dort in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können.

Das Ziel der SPD bleibt die Vollbeschäftigung.  
Wir wollen gute Arbeit.  
Sie muss fair bezahlt sein,  
darf nicht krank machen,  
muss Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnen und familienfreundlich gestaltet sein.  
Jährlich verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss.

Für sie sind die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden und später einer guten Arbeit nachzugehen, schlecht.  
Wir wollen die Zahl der Schulabbrecher drastisch reduzieren.  
Über klare Zielvereinbarungen wollen wir erreichen, dass die Zahl der Schulabbrecher jährlich um mindestens 10 % gesenkt wird.

Die SPD will den Übergang zwischen Schule und Arbeitswelt besser gestalten und die Schülerinnen und Schüler bereits in den allgemeinbildenden Schulen gut auf die Berufsausbildung vorbereiten.  
Die Arbeits- und Berufsorientierung muss fest an allen Schulen verankert werden.  
Gemeinsam mit einer umfangreichen Beratung und Berufswahlvorbereitung soll sie zum Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen gemacht werden.  
Damit junge Menschen schon früh Einblicke in die Arbeitswelt erhalten und erste eigene Erfahrungen sammeln können, wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Akteuren der regionalen Wirtschaft fördern und Schulen und Betriebe besser miteinander verzahnen.“



**Angelika Domke** von der **FDP**

macht diesen Vorschlag:

„Die FDP setzt sich dafür ein, dass Deutschlands Schulen zu den besten der Welt werden.

Dafür müssen wir Lehrerinnen und Lehrer optimal ausbilden.

Sie müssen mit Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Begabungen und Talenten arbeiten können.

Alle Schüler müssen so gefördert werden, dass sie eine Chance

auf einen Ausbildungsplatz haben.

Die FDP will Schulen öffnen und die Zusammenarbeit mit Unternehmen unterstützen.

Junge Menschen sollen schon in der Schulzeit die Möglichkeit bekommen, die Berufswelt kennen zu lernen und Erfahrungen zu sammeln.

Schließlich will die FDP dafür sorgen, dass es Ausbildungsunternehmen in Deutschland gut geht.

Denn nur wenn Unternehmen eine Zukunft haben, schaffen sie Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei**

hält diese Lösung für richtig:

„Jeder hat ein Recht auf eine gute Ausbildung.

Deshalb müssen sich alle Betriebe an der Ausbildung junger Menschen beteiligen.

Wir wollen, dass der, der nicht selber ausbildet, zahlen muss.

Mit dem Geld können dann weitere Ausbildungsangebote finanziert werden.

Außerdem müssen die Länder mehr Geld für die Berufsschulen ausgeben, damit die Schulgebäude repariert werden können, damit es mehr Lehrerinnen und Lehrer gibt, und damit alles da ist, was gebraucht wird

- zum Beispiel ausreichend gute Schulbücher.“



**Franz Schürmann** von den **Grünen** schlägt vor:

„Wir Grüne haben ein Konzept entwickelt, mit dem zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden können.

Unser Konzept DualPlus beinhaltet den Aufbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Sie sollen Betriebe und Berufsschulen als Ausbildungsstätten ergänzen

– das „Plus“ in unserem Konzept „DualPlus“.

Hier können Jugendliche einen Teil ihrer praktischen Ausbildung machen.

Damit gibt es mehr Ausbildungsplätze, weil die Betriebe nicht mehr

die ganze praktische Ausbildung übernehmen müssen.

Für Jugendliche, denen das Lernen schwerer fällt, wollen wir persönliche Förderung anbieten.

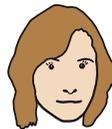
Diese Jugendlichen sollen auch die Möglichkeit haben, ihre Ausbildung nach Bedarf zu verlängern.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass alle berufsvorbereitenden Kurse auf eine spätere Ausbildung angerechnet werden. Damit wollen wir erreichen, dass kein Jugendlicher mehr nach der Schule seine Zeit verschwenden muss, wenn er auf einen Ausbildungsplatz wartet.“

### Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?



Tobias will von den Kandidaten wissen:  
„Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?“



**Hilde Gahlmann** von der **CDU** erklärt:  
„Bildung sichert Zukunft. CDU und CSU wollen, dass alle jungen Menschen etwas lernen können und den für sie passenden Beruf finden, damit sie später ein gutes Leben haben. Deshalb wollen wir noch mehr Geld für bessere Bildung und Schulen ausgeben. Jeder hat Stärken. Wir wollen Schulen, die jedem gerecht werden. Dafür brauchen wir viele unterschiedliche Wege.“

Wir wollen mehr Lehrer an Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern, denen das Lernen besonders schwer fällt. Wir wollen Ganztagschulen dort ausbauen, wo sie gebraucht werden.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** sagt:  
„Bildung ist ein Menschenrecht. Jedes Kind hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Die SPD gibt der Bildungspolitik eine hohe Priorität. Wir setzen uns ein für ein offenes und durchlässiges Bildungssystem, in dem der Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Die SPD steht für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master in der Hochschule. Bildung ist für die SPD mehr als die Anhäufung von Wissen. Wir haben einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der das soziale Lernen genauso mit einbezieht wie die Persönlichkeitsentwicklung im Bereich des außerschulischen Lernens. Politische Bildung, Sport und gesellschaftliches Engagement sind für uns wichtige Säulen einer ganzheitlichen Bildung.“

Bildung muss so früh wie möglich ansetzen, denn so können Benachteiligungen früh ausgeglichen werden.

Die SPD hat durchgesetzt, dass ab 2015 alle Kinder ab eins einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben. Als nächsten Schritt werden wir den Kita-Besuch schrittweise gebührenfrei gestalten. Wir wollen, dass alle Kinder länger gemeinsam lernen können und werden das mit einer besseren individuellen Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen verbinden.

Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen durch gemeinsame Bildung und Erziehung.

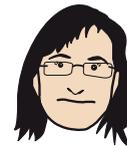
Ausgrenzung ist keine Lösung – das gilt für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und für solche, die im Elternhaus unzureichende Hilfestellung erfahren.

Wir wollen, dass möglichst alle Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen können.

Damit mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien das Abitur machen können, werden wir das Schüler-BAföG wieder stark machen.

Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden.

Die Entscheidung junger Menschen für ein Studium darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Die SPD setzt sich deshalb für ein starkes BAföG ein. Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Dazu gehört auch, die Altersgrenze für den BAföG-Bezug anzuheben.“



**Angelika Domke** von der **FDP** meint:

„Die FDP will, dass sich alle Menschen am Ende der Schulzeit und der Ausbildung ohne fremde Unterstützung im Privatleben und Beruf zurechtfinden und ihr Leben ohne staatliche Hilfe bewältigen können.

Eine gute Bildungspolitik macht dies möglich. Doch damit dies gelingt, müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die FDP fordert, dass mehr Geld für den

Bildungsbereich  
zur Verfügung gestellt wird.  
Die FDP stimmt mit führenden Bildungsexperten  
darüber ein, dass Bildungserfolg maßgeblich  
mit der Qualität des Unterrichts zusammenhängt.  
Gute Lehrer sind Voraussetzung  
für eine exzellente Schule.  
Es kommt darauf an, nur die besten Studierenden  
für den Lehrerberuf zu gewinnen  
und hierfür auszubilden.  
Die Qualität des pädagogischen Personals  
wirkt sich maßgeblich  
auf die Zukunftsperspektive der Schüler aus.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei**  
wirbt für ihre Haltung:  
„Alle Kinder und Jugendlichen sollen lernen können,  
worauf sie neugierig sind.  
Alle sollen einen Beruf lernen können,  
auf den sie Lust haben.  
Dabei soll es egal sein, ob die Eltern viel Geld haben  
und ob sie bei den Hausaufgaben helfen können.  
Die Schulen müssen jeden unterstützen,  
alle sollen bis zur 10. Klasse  
gemeinsam in Gemeinschaftsschulen lernen.  
Die Schulen sollen den ganzen Tag offen sein,  
es soll ein gutes Mittagessen in den Schulen geben  
und ein vielfältiges Angebot an Sport und Freizeit.“



Wir wollen, dass auch später im Leben jede und jeder  
Lesen und Schreiben lernen kann,  
dass jede und jeder jederzeit  
einen Schulabschluss nachholen kann  
oder eine Berufsausbildung oder ein Studium.“

**Franz Schürmann** von den **Grünen**  
schildert seine Haltung:  
„Gute Bildungspolitik ermöglicht es  
jedem und jeder Einzelnen,  
seine und ihre Fähigkeiten optimal zu entwickeln.  
Das beginnt bereits im Kindergarten.  
Wir wollen es jedem Kind ab einem Jahr ermöglichen,  
in einem guten Kindergarten  
optimal gefördert zu werden.  
In der Schule sollen Kinder lange gemeinsam lernen,  
möglichst bis zum Abschluss der 9. Klasse.  
Wir Grüne wollen auch Ganztagschulen einführen,  
damit genug Zeit ist, um alle Kinder  
persönlich beim Lernen zu unterstützen.  
Mehr Sozialarbeiter in den Schulen tragen dazu bei.  
Um allen Jugendlichen  
einen Ausbildungsplatz anbieten zu können,  
wollen wir unser Konzept DualPlus umsetzen.  
Damit entstehen  
mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten  
und alle Berufsvorbereitungen  
werden auf eine spätere Ausbildung angerechnet.  
Zusätzlich wollen wir Grüne,  
dass mehr Studienplätze eingerichtet werden.“

Das Nachholen von Schulabschlüssen und andere Weiterbildungsangebote wollen wir für alle Erwachsenen umfassend fördern.“

### Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?



Anna stellt die letzte Frage an die Runde:  
„Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?“



**Hilde Gahlmann** von der **CDU** meint:  
„Die CDU und CSU wollen Arbeit für alle.  
Wir haben in den letzten drei Jahren gezeigt:  
Wir können das.  
Wir wollen Arbeitslose dabei unterstützen,  
schnell wieder Arbeit zu finden.  
Wir wollen die Arbeits-Vermittlung  
noch besser machen.“



**Markus Hundorf** von der **SPD** antwortet:  
„Menschen in Arbeitslosigkeit  
dürften nicht in Armut abrutschen.  
Es wird auch weiterhin  
eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze  
des Arbeitslosengeldes II  
und gegebenenfalls  
eine bedarfsgerechte Erhöhung geben.  
Altersvorsorge ist wichtig.  
Deswegen wollen wir, dass Vermögen,

das der privaten Altersvorsorge dient,  
künftig nicht mehr  
auf das Arbeitslosengeld II angerechnet wird.  
Voraussetzung ist,  
dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes  
eine monatliche Rente garantiert wird.“



**Angelika Domke** von der **FDP** meint:  
„Die sogenannten Hartz IV Leistungen  
sollen Bedürftigen helfen,  
ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.  
Aufgabe dieser Regelsätze ist es,  
einen Mindestlebensstandard  
einschließlich einer Teilnahme am kulturellen Leben  
in vertretbarem Umfang zu ermöglichen,  
nicht aber eine Lebensführung,  
die dem durchschnittlichen Lebensstandard  
entspricht.  
Deren Höhe ist daher  
auf der Basis einer detaillierten Ermittlung  
des tatsächlichen Bedarfs festzusetzen.  
Dies geschieht durch die Zugrundelegung  
der sogenannten Einkommens- und  
Verbrauchsstichprobe (EVS)  
des statistischen Bundesamtes.  
Das ist eine amtliche Statistik über die  
Lebensverhältnisse privater Haushalte  
in Deutschland,  
die alle fünf Jahre erhoben wird.“

Sie liefert unter anderem Informationen über die Konsumausgaben privater Haushalte und deren Wohnverhältnisse. Eine gegriffene Festlegung des Regelsatzes, wie dies zum Beispiel bei dem Regelsatz der Kinder der Fall ist, ist nach unserer Überzeugung nicht zweckmäßig. Hier hat der Gesetzgeber eine schlichte Ableitung des Regelsatzes für Kinder anteilig vom Regelsatz für Erwachsene vorgenommen. Dies ist aber etwas anderes, als eine Bedarfsermittlung.“



**Sylvia Wenner** von der **Linkspartei** erklärt:

„Hartz IV ist Armut und Ausgrenzung per Gesetz und muss abgeschafft werden.

Der aktuelle Regelsatz von 351 Euro im Monat ist zu niedrig.

Millionen Betroffene können damit nicht mehr am sozialen oder kulturellen Leben teilnehmen.

Besonders häufig trifft es Arbeiter ohne Ausbildung, Mütter, die ihre Kinder allein erziehen und ältere Arbeitssuchende.

Zur Überwindung der ärgsten Missstände fordert DIE LINKE einen monatlichen Mindestsatz von 500 Euro für Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger in der nächsten Wahlperiode.“



**Franz Schürmann** von den **Grünen** hat die Meinung:

„Nein, wir glauben, dass die Regelleistung im Sozialgesetzbuch II, Hartz IV genannt, angehoben werden muss.

Die momentane Höhe gleicht die gestiegenen Preise nicht mehr aus.

Wir wollen die Regelsätze für Erwachsene sofort auf 420 Euro erhöhen.

Für Kinder und Jugendliche fordern wir ebenfalls eine Anhebung der Regelsätze.

Die Höhe soll sich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren, die anders sind als die von Erwachsenen.“

Damit endet eine lange Diskussion um die besten Lösungen.

Anna und Tobias bedanken sich bei den fünf Kandidaten.

Und die freuen sich über das Interesse der Jugendlichen.

Die Politiker bitten die Jugendlichen,

am 27.09.09 wählen zu gehen.

Anna und Tobias unterhalten sich noch einige Minuten

mit den Politikern.

Sie setzen sich an die Theke und trinken zusammen eine Cola.

Tobias meint:

„Puh, das waren ganz schön viele Informationen!

Das muss ich erst mal sacken lassen.

Und eine Nacht darüber schlafen.“

Nachdem sie alle Politiker verabschiedet haben, klopft Anna Tobias auf die Schulter:  
„Warst echt gut! Hätte ich vor zwei Monaten nie gedacht, dass wir so was mal machen würden und dass ich einmal Fan von Samy Deluxe werde!“

Tobias und Anna umarmen sich.

Anna sagt:

„Ich weiß jetzt, wem ich meine Stimme gebe.“

Tobias fragt:

„Wen willst Du denn wählen?“

Anna antwortet:

„Das sage ich Dir nicht. Die Wahl ist nämlich geheim.“

**2. Was wollen die Parteien?**

⊕ **S.18**

**3. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?**

⊕ **S.20**

**4. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?**

⊕ **S.27**

**5. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?**

⊕ **S.32**

**6. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-, Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?**

⊕ **S.36**

**7. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?**

⊕ **S.41**

**8. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?**

⊕ **S.47**

**9. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?**

⊕ **S.52**

**10. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?**

⊕ **S.58**

## Aufgaben



A: Hör Dir das Lied „Weck mich auf“ von Samy Deluxe an.  
Du findest es zum Beispiel bei [YouTube](#).  
Wie gefällt dir der Liedtext?  
Warum?



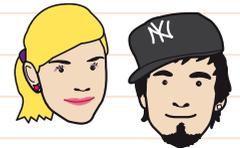
D: Vergleiche Deinen Zettel mit dem Text „Weck mich auf“.  
Wie ist die Stimmung in dem Lied?  
Welche Stimmung vermittelt Eure Collage?



B: Was sagt der Liedtext über Jugendliche aus?  
Und was über Politiker?



E: Wie findest Du die Aktion von [Anna und Tobias](#)?



F: Welche Fragen würdest Du einem Politiker stellen?



C: Entwirf zusammen mit zwei anderen einen großen Zettel zum Thema:  
„Die Welt aus der Sicht eines Jugendlichen“.  
Überlege, welche Wünsche, Sorgen und Probleme  
Jugendliche heute haben und wie sie sich in dieser Welt damit fühlen.  
Sammle dazu Bilder und Überschriften aus Zeitungen und Zeitschriften,  
die Deiner Meinung nach dazu passen.



G: Welches Thema interessiert Dich am meisten?  
Du kannst es auf dem Schaubild anklicken und Dir ansehen,  
was die Parteien dazu meinen.

 H: Was ist Deine Meinung zu diesem Thema?

 K: Haben sie die gleiche Ansicht wie Du?

 M: Bist Du mit den Antworten zufrieden?

 I: Warum ist Dir dieses Thema wichtig?

 N: Gibt es Positionen, die Du nicht verstehst?

 O: Welche der Aussagen im Text findest Du am besten?

 P: Gibt es eine Aussage, die Du voll daneben findest?  
Warum?

 J: Wie findest Du die Antworten der Parteien?

- Q. Suche Dir ein Thema aus und eine Stellungnahme einer Partei zu diesem Thema. Suche die Antworten heraus, die Du am besten findest.

- T. Samy Deluxe hat erzählt, wieso das Lesen und Schreiben in seinem Leben wichtig ist. Das Video von ihm und vielen anderen Musikern, die sich in diesem Bereich engagieren, findest du [hier](#).



Was hältst Du von dem, was er sagt?

- R. Kreuze sie im [Auswertungsbogen](#) an.

- S. Mit welcher Partei hast Du die meisten Übereinstimmungen?

- U. Wozu braucht Samy Deluxe das Lesen und Schreiben?



V. Schreibe einen Kommentar bei [Youtube](#).



W. Schreibe eine [Mail](#), wie Dir das Video gefallen hat.

Wenn Du dich weiter über Politik und Wahlen informieren möchtest, findest Du [hier](#) ein leicht lesbares Themenheft.

Wir freuen uns über Rückmeldungen von Dir und deinen Lehrern, wie euch die Texte gefallen haben. Einfach [hier](#) eine Mail an uns schreiben.

Weitere Informationen und Methodenvorschläge gibt es [hier](#).

## Auswertungsbogen: Fünf Parteien antworten auf acht Fragen

### Frage: Welche Antwort überzeugt mich am meisten?

					
1. Was will Ihre Partei für Jugendliche tun?	<input type="checkbox"/>				
2. Welche Ziele hat Ihre Partei für den Umweltschutz?	<input type="checkbox"/>				
3. Wie steht Ihre Partei zum Mindestlohn?	<input type="checkbox"/>				
4. Würde Ihre Partei die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Zigaretten-,Alkohol- und Marihuanakonsum ändern?	<input type="checkbox"/>				
5. Was will Ihre Partei für die Integration ausländischer Mitbürger tun?	<input type="checkbox"/>				
6. Was tut Ihre Partei, damit möglichst jeder Jugendliche eine geeignete Ausbildungsstelle findet oder einen Arbeitsplatz erhält?	<input type="checkbox"/>				
7. Wie sieht für Ihre Partei eine gute Bildungspolitik aus?	<input type="checkbox"/>				
8. Meinen Sie, dass der aktuelle Satz von Hartz IV angemessen ist?	<input type="checkbox"/>				